



Allein mit Gesetzesänderungen kann die Sicherheitslage nicht verbessert werden. Die vorhandenen sicherheitsrechtlichen Instrumente müssen effektiv und erfolgsorientiert eingesetzt werden.

Die AG BIRGiT führt am runden Tisch **alle Informationen** zu islamistischen und weiteren Gefährdern mit ausländischer Staatsangehörigkeit zusammen. Sie prüft und nutzt **alle rechtlichen Möglichkeiten**, um die in Bayern lebenden Gefährder auszuweisen oder ergreift andere ausländerrechtliche Maßnahmen.

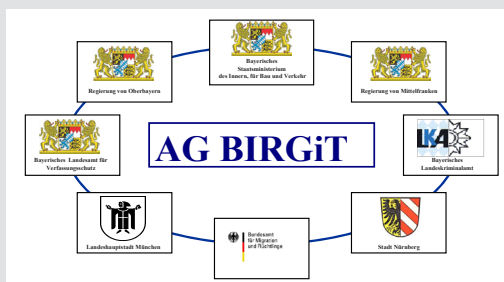
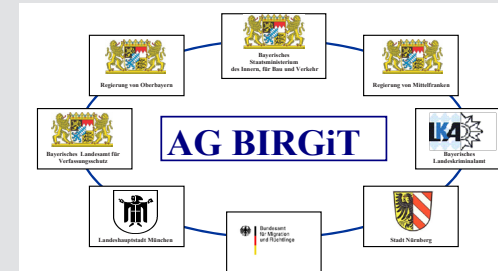
Die AG BIRGiT koordiniert die **Zusammenarbeit der Behörden**. Dort, wo eine Abschiebung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist, wird der Bewegungs- und Handlungsspielraum der Gefährder eingeschränkt.

Islamistische Gefährder werden zur Ausreise aus Deutschland gebracht, indem die Instrumentarien des Aufenthaltsgesetzes konsequent angewendet werden. Ziele sind:

- ⇒ Identifikation der Gefährder, Analyse ihres Gefährdungspotentials
- ⇒ Aufenthaltsbeendigung und Wiedereinreiseverbot
- ⇒ Einschränkung des Handlungsspielraums bei Gefährdern, deren Aufenthalt nicht beendet werden kann
- ⇒ Rechtlicher und verwaltungstechnischer Rahmen für die Sicherheitsbehörden
- ⇒ Regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen, gegebenenfalls Nachsteuerung
- ⇒ Steuerung und Koordinierung der behördlichen Informationen

AG BIRGiT

Beschleunigte Identifizierung und Rückführung von Gefährdern aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus/Extremismus



Herausgeber:
Bayerisches Staatsministerium des
Innern, für Bau und Verkehr
Odeonsplatz 3
80539 München

Stand:
10.11.2014

**Struktur
Ziele
Ergebnisse**

Die Arbeitsgruppe BIRGiT

Islamistischer Terrorismus und Extremismus stellen eine erhebliche Bedrohung für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Um dieser Bedrohung effektiv entgegenzutreten, müssen alle Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten und ihre Kräfte bündeln.

Daher wurde 2004 durch das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr die ständige **Arbeitsgruppe BIRGiT** gegründet. Diese setzt sich für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus bzw. Extremismus ein, indem sie sich der sicherheitsrechtlichen Instrumente des Aufenthaltsgesetzes bedient. Seit einer Aufgabenerweiterung im Jahr 2008 ist sie auch für herausgehobene Fälle weiterer Formen des Ausländerextremismus zuständig.

Die **Arbeitsgruppe BIRGiT** besteht aus jeweils einem Vertreter der Regierung von Oberbayern, der Regierung von Mittelfranken, der Landeshauptstadt München, der Stadt Nürnberg, des Landesamtes für Verfassungsschutz, des Landeskriminalamtes und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Geleitet wird die Arbeitsgruppe durch einen Vertreter des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr.

Unsere Ergebnisse

Bisher hat die AG BIRGiT in **138** Fällen die sicherheitsrechtlichen Instrumente des Aufenthaltsgesetzes angewandt.

Bei **96** extremistischen Gefährdern wurde der Aufenthalt in Deutschland beendet (Ausweisungsverfügungen), in **6** Fällen sind Überwachungsmaßnahmen angeordnet (§ 54a AufenthG).

In den übrigen **36** Fällen sind die Verfahren noch nicht abgeschlossen oder werden weiterhin in der AG BIRGiT behandelt.

Aktuelle Zahlen im Überblick
Stand 10.11.2014

